

## Rat beschließt Erhöhung der Grundsteuer B

Stadtparlament macht Weg frei für den Haushaltsplan 2018. Erstmals seit Jahrzehnten will Herne keine neuen Schulden machen. Dafür müssen auch die Bürger tiefer in die Tasche greifen

Die gute Nachricht lautet: Der Haushalt für das kommende Jahr ist unter Dach und Fach. Die schlechte Nachricht: Damit die Stadt keine Verluste schreibt, muss kräftig gespart werden, auch die Bürger müssen einmal mehr tiefer in die Tasche greifen. So wird die Grundsteuer B ab Januar deutlich erhöht. Das beschloss der Rat am Dienstagabend. Er gab mit breiter Mehrheit grünes Licht für das Finanzpaket von Kämmerer Hans Werner Klee.

Für den Haushalt 2018 gibt es eine Besonderheit: Herne darf keine neuen Schulden machen, muss also erstmals seit Jahrzehnten den so genannten Haushaltsausgleich schaffen. Das hat die Stadt im „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ mit dem Land beschlossen. Um diese „schwarze Null“ zu erreichen, erhält Herne über die Jahre 115 Millionen Euro aus Düsseldorf, muss aber im Gegenzug auch selber 258 Millionen Euro aufbringen.

10-Millionen-Euro-Loch wurde auf der Zielgeraden gefüllt

Für das kommende Jahr hat der städtische Finanzchef – zunächst nur auf dem Papier – eine Punktlandung hingelegt. Das war in den vergangenen Monaten noch nicht abzusehen, klaffte doch zuletzt noch ein 10-Millionen-Loch im Haushalt. Dank höherer Schlüsselzuweisungen des Landes konnte es auf der Zielgeraden gefüllt werden.

Auf die geplante Anhebung der Grundsteuer B aber kann die Stadt laut Kämmerer Klee nicht verzichten. Ohnehin geplant war ein Plus ab Januar 2018 von 600 auf 695 Hebesatzpunkte, nun wird die Abgabe sogar auf 745 angehoben. Immerhin: Es sind nicht 775 Hebesatzpunkte, wie es zwischenzeitlich auch im Gespräch war.

„Schlimm genug“ nannte SPD-Fraktionschef Udo Sobieski die abgefederte Anhebung der Grundsteuer B in seiner gut 20-minütigen Haushaltsrede. Allein: Würde Herne darauf verzichten, könnte die Stadt „sofort auf den Besuch des Sparkommissars warten“. Ähnlich äußerte sich CDU-Fraktionschefin Bettina Szlag. Sie nannte die Steuer-Erhöhung „eine notwendige Maßnahme“, „die Kröte, die wir wohl schlucken mussten“.

Dass das Loch im Haushalt für 2018 noch gefüllt wurde, sei dem Land zu verdanken, sagte Szlag. „CDU-geführte Landesregierung rettet Herner Haushalt“ – so umschrieb sie ihre Rede. Und listete, unter wiederholtem Lob für die neue Landesregierung, zehn „Pluspunkte“ auf, die zeigen sollten, warum Herne mit Schwarz-Gelb „richtig Schwein gehabt“ habe — etwa dadurch, dass Düsseldorf die verstärkten Schlüsselzuweisungen überwiesen habe. Udo Sobieski, Fraktionschef vom Koalitionspartner SPD, sah das naturgemäß anders. Die zusätzlichen Schlüsselzuweisungen seien „im Wesentlichen ein reiner Steuereffekt“. „Es handelt sich hierbei keinesfalls um eine besondere Leistung oder sogar ein Geschenk der neuen Landesregierung“, betonte er.

Einig waren sich die Rats-Kooperationspartner am Ende aber bei der Abstimmung. Sie sagten Ja zum Finanzplan des Kämmerers. Im Gegensatz zur Opposition. Sie ließ zum großen Teil kein gutes Haar am Haushalt und lehnte ihn ab; nur die Unabhängigen Bürger stimmten ihm zu. Auch die Grünen sagten Nein. Zwar sei der Haushaltsausgleich da, so Grünen-Fraktionschef Thomas Reinke. Allein: Am Ende zahlten die Herner für die „schwarzen Nullen“ — mit Steuern auf Rekordniveau.

Sozialausgaben brechen Stadt auf Dauer das Genick

Dass es in den kommenden Jahren trotz des geplanten Haushaltsausgleichs im kommenden Jahr nicht leichter wird, darüber herrschte Einigkeit im Stadtparlament. Herne befinde sich „auf einem sehr, sehr schmalen Grat“, sagte SPD-Fraktionschef Sobieski. Bund und Land übertrügen der Stadt immer mehr Aufgaben, ohne ihr hierfür einen finanziellen Ausgleich zu gewähren, kritisierte er. Ähnlich die CDU-Fraktionsvorsitzende Szlag: „Die hohen Sozialausgaben für Aufgaben, die uns ohne ausreichende finanzielle Ausstattung von oben diktiert werden, brechen uns auf Dauer das Genick.“

## **Rats-Opposition lehnt zusätzliche Belastungen für Bürger ab**

So begründen Grüne, Linke, Piraten-AL, FDP und AfD ihre Ablehnung des Pakets. Unabhängige Bürger stimmten zu

### Linke

Trotz erheblicher Kraftanstrengungen werde es Herne nach sieben Jahren Stärkungspakt nicht gelingen, die Finanzen nachhaltig zu sanieren, so Linke-Fraktions-Chefin Veronika Buszewski. Das sei angesichts des strukturellen Fehlers beim Aufstellen von Haushaltsplänen auch gar nicht möglich: Zahlen würden unabhängig von der Realisierbarkeit „dargestellt“. Kommunen müssten aber über eine solide Grundfinanzierung verfügen können. Dazu würde u.a. die von der Linken vorgeschlagene Vermögenssteuer beitragen. Und: Um gleichwertige Lebensbedingungen in den Kommunen zu schaffen, sei ein verbindliches Anhörungs- und Mitwirkungsrecht der Kommunen auf Bundesebene bei der Erarbeitung von Gesetzentwürfen notwendig.

### Grüne

Die Grünen lehnten die Erhöhung der Grundsteuer B wie schon 2014 ab und stimmten deshalb gegen den Vorschlag der Stadt. Ein Ende der Belastungen sei noch längst nicht erreicht, so Fraktionsvorsitzender Thomas Reinke. Es sei nicht zu erwarten, dass Herne mit Auslaufen des Stärkungspakts in zwei Jahren finanziell gesund sei. Stärkungspakt, Sonderinvestitionsprogramme und weitere Instrumente ersetzen nicht eine langfristige und bedarfsorientierte Finanzausstattung der Gemeinden. Beim Abbau der Altschulden könne nur der Bund helfen. Dieser sei für einen Großteil dieser Schulden verantwortlich, so Reinke. Auch die schwarz-gelbe Landesregierung habe bereits Entscheidungen zu Ungunsten von Städten wie Herne getroffen.

### Piraten-AL

Auch die Fraktion Piraten-Alternative Liste (AL) lehnt den Haushalt 2018 wegen der Grundsteuererhöhung ab. Der Haushalt sei eigentlich ohnehin nicht genehmigungsfähig, doch Land und Bezirksregierung kapitulierten schon selbst vor ihren eigenen kranken Finanzstrukturen, so Fraktions-Chef Bernd Schroeder. Die 1,9 Millionen Euro, die dem Bürger zusätzlich aufgebürdet würden, seien angesichts künftiger Belastungen nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Eine Gemeindefinanzreform sei unausweichlich. OB und Verwaltung bescheinigt Schroeder hervorragende Arbeit. Die Probleme seien dadurch im Kern aber nicht kleiner geworden.

### AfD

Die AfD lehne zusätzliche Sparmaßnahmen ab, da sie auf Kosten von Attraktivität und Bürgerfreundlichkeit gingen, so Armin Wolf (AfD). Der Haushalt sei unglaublich und materiell nicht genehmigungsfähig. Wechselseitige Schuldzuweisungen von SPD und CDU täuschten nicht darüber hinweg, dass Vertreter dieser Parteien in Regierungen die Situation mit verursacht

hätten. Der Bürger durchschaue dieses Gesamtbild voller Widersprüche.

FDP

Unter großen Bauschmerzen habe die FDP bisher die Sparmaßnahmen mitgetragen, so FDP-Ratsherr Thomas Bloch. Die Belastungsgrenze sei aber erreicht. Die Freien Demokraten lehnten deshalb den Haushaltsentwurf und die erneute Grundsteuererhöhung ab. Weitere Einsparungen seien nicht möglich - außer durch die Senkung von Standards in allen Bereichen. Ein neues Gemeindefinanzierungsgesetz müsse her.

Unabhängige Bürger

Die Unabhängigen Bürger stimmten dem Haushalt als einzige Oppositionspartei zu - auch wenn er nicht mit allem einverstanden sei, sagte Ratsherr Bernd Blech. Er forderte vom Bund einen Schuldenschnitt. M.M. / loc

## **Probleme nicht gelöst**

Die „schwarze Null“ für 2018 ist da. Jahrelang haben Stadt und Politik hart darauf hingearbeitet, nun ist sie geschafft. Das ist eine gute Nachricht. Die Schulden drohen die Stadt aufzufressen, da wurde es Zeit einzugreifen, die Abwärtsspirale zu stoppen. Das ist erst mal gelungen.

Der Preis dafür ist aber hoch. Die Bürger mussten zuletzt viele Opfer bringen, um die Finanzspritzen aus Düsseldorf zu erhalten. Da wurden zwei Stadtteilbibliotheken geschlossen und immer wieder Steuern erhöht. Diesmal unter anderem die Grundsteuer B — um sage und schreibe 25 Prozent.

Wirklich geholfen hat all das aber nicht. Oder anders gesagt: Der Stärkungspakt hat die Probleme nicht gelöst. Im Gegenteil. Der Haushalt steht weiter auf wackligen Beinen, und hinter der Zukunft ein dickes Fragezeichen. Bricht etwa die Konjunktur ein, öffnen sich neue Millionenlöcher. Hinzu kommt, dass Bund und Land den Kommunen immer mehr Kosten aufhalsen.

Wenn sich wirklich etwas ändern soll, muss die Kommunalfinanzierung neu gestaltet werden. In Düsseldorf und bald auch in Berlin gibt es neue Regierungen. Hoffentlich sind ihnen die Städte mehr wert als die alten.